

Bündnis Windpark Winterstein

Pressemitteilung

31.01.2021

Wie stehen CDU, UWG und FWG zur Windenergie auf dem Winterstein?

Bündnis stellt enttäuschendes Ergebnis vor

Das Bündnis Windpark Winterstein führte im Dezember 2020 bei allen Parteien in den Anrainerkommunen Friedberg, Rosbach, Wehrheim und Ober-Mörlen eine Umfrage durch. Mit 22 Fragen sollte ein Überblick über die Haltungen der Parteien zur Windenergie und ihre konkreten Einschätzungen zum Winterstein gewonnen werden. In drei Pressemitteilungen wertet das Bündnis nun die Reaktionen aus. Dieser Teilbeitrag beschäftigt sich mit CDU, UWG und FWG.

Das Bündnis Windpark Winterstein hatte sich im September 2020, nach der Offenlegung des gemeinsamen Bebauungsplans „Natur- und Erholungsgebiet Winterstein“ der Kommunen Friedberg, Ober-Mörlen, Rosbach und Wehrheim gegründet. Nach Meinung der 27 Organisationen spielt die Windenergienutzung in diesem Bebauungsplan-Entwurf eine zu geringe Rolle und wird eher behindert als gefördert. Weil angesichts des sich dramatisch beschleunigenden Klimawandels nur drei in dem B-Plan vorgesehene Windenergieanlagen nicht ausreichen, setzt sich das Bündnis für die Realisierung eines deutlich leistungsfähigeren Windparks auf dem Winterstein ein.

Die CDU hat den Fragekatalog erst gar nicht beantwortet. Die Wehrheimer CDU-Fraktionsvorsitzende Susanne Odenweller rechtfertigte dies mit einem angeblich „tendenziösen Fragebogen“. Sie drückte ihr „Befremden“ darüber aus, dass das Bündnis die Planung von nur 3 Windenergieanlagen juristisch als unzulässige „Verhinderungsplanung“ eingestuft hat. Ohne auf die Windkraftnutzung einzugehen, verwies Frau Odenweller auf den Bebauungsplan des „Natur- und Erholungsgebietes Winterstein“, der in der Gemeindevertretung Wehrheim mit 24 Ja- und 3 Nein-Stimmen beschlossen worden sei. Sie teilte dem Bündnis mit, dass diese „Planung den Schutz des Waldes umfasse“ und „eine Bedeutung für Wanderer, Jogger, Radfahrer und Reiter“ habe. Die Antwort auf die Frage, ob die CDU der Meinung sei, dass zur Umsetzung der Ziele des Landes Hessen und für Klimaschutz und Naturschutz die Windenergie ausreichend ausgebaut werden müsse, blieb bei der CDU in allen Kommunen offen. Das Bündnis Windenergie Winterstein gewinnt den Eindruck, dass die CDU sich beim Thema Klimaschutz wegduckt. Stattdessen spricht die CDU Friedberg im Internet von der „Unversehrtheit des Landschaftsbildes und des Waldes im Bereich Winterstein“. Dass der Wald durch den vom Kohlestrom mitverursachten Klimawandel leidet, fällt der CDU nicht auf.

Seltsam wirkt dagegen, dass die CDU auf Kreisebene sich zum Teilregionalplan Erneuerbare Energien bekennt, in dem auch das Windvorranggebiet Winterstein festgelegt ist. Die Kreis-CDU „begrüßt, dass „es gelungen ist, klare und transparente Regeln aufzustellen und so Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen“. Genau dagegen agiert die CDU in den vier betroffenen Kommunen. Das Bündnis wertet diese Vorgehensweise als extrem widersprüchliches Vorgehen. Auf Kreisebene für die Windenergie einzutreten und diese in den Kommunen zu behindern, ist eine extreme Täuschung der Wähler zur Kommunalwahl, so das Bündnis.

Seitens der UWG in Friedberg blieben die Antworten auf den Fragekatalog aus. Sicherlich nicht erstaunlich, hatte die UWG sich doch schon mehrfach gegen eine Windenergienutzung auf dem

Winterstein ausgesprochen. Angefragt war jedoch eine Begründung dieser Haltung, und diese blieb aus. So bleibt auch offen, wie sich die UWG eine künftige umweltschonende Stromversorgung vorstellt.

Von den beiden Freien Wählergemeinschaften hat die FWG Rosbach den Fragebogen beantwortet. Die Antworten wirken jedoch widersprüchlich und nicht gerade konsistent. Das Bündnis begrüßt, dass der Fraktionsvorsitzende Lamping die Vorteile der Windenergie, kostengünstiger Strom, Klimaschutz, Bürgerenergie und die Ausbauziele des Landes allesamt unterstützt. Die FWG Rosbach ist ebenso bereit, sich für den Ausbau der Windenergie auf dem Winterstein einzusetzen, „allerdings fehle die gemeinsame Grundlage der Planung“. Zugleich spricht sie sich aber gegen die Überarbeitung des gegenwärtigen Bebauungsplans aus.

Angesichts der sich beschleunigenden Klimakrise reicht das Engagement von CDU, UWG und FWG für die Windenergiegewinnung bei Weitem nicht aus. Die Antworten reichen für eine Politik, die Klimaschutz und der Sicherheit einer wirtschaftlichen Energieversorgung ohne Kohle und Atom dient, nicht aus. Die Wähler*innen mögen dies bei der kommenden Kommunalwahl beachten, stellte der Sprecherkreis der 27 Mitgliedorganisationen des Bündnisses zusammenfassend fest.

Für das Bündnis Windpark Winterstein

Dr. Werner Neumann, BUND Wetterau
Hans-Dieter Wagner, Querstellen-Friedberg
Diethardt Stamm, Energiebildungsverein
Laura Pfeifer, Fridays for Future Hochtaunuskreis
Betina Quägber-Zehe, Stadtverordnete in Rosbach
Volkmar Heitmann, Wetterau im Wandel
Klaus Kissel, Organisation WIR